DEC 30 1936
UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES

Abend-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Dienstag, 8. Dezember	1642

Reichsminister Rust empfing Agnes Miegel.

Berlin, 8. Dezember. Reichserziehungsminister Rust empfing am Dienstag die ostpreußische Dichterin Agnes Miegel, die ihm die Agnes Miegel-Plakette überreichte. An dem Empfang nahm auch Kreisleiter Oberbürgermeister Dr. Hesse-Braunschweig teil, der dem Reichserziehungsminister in seiner Eigenschaft als Schirmherr der Wilhelm Raabe-Stiftung anschließend die Wilhelm Raabe-Gedächtnisplakette übergab.

Generalleutnant von Troschke †.

Dessau, 8. Dezember. In der Nacht zum Dienstag starb hier im 78. Lebensjahr Generalleutnant a. D. Max Freiherr von Troschke.

Freiherr von Troschke trat 1878 als Leutnant in die preußische Armee ein und hat ihr ununterbrochen bis zum Ende des Weltkrieges, also 40 Jahre, angehört. Im Jahre 1909 wurde er mit der Führung des Füsilierregiments 36 beauftragt. Kurze Zeit darauf wurde er Kommandeur dieses Regiments unter Beförderung zum Oberst. 1912 wurde ihm als Generalmajor das Kommando der 36. Infanteriebrigade übertragen. Im Weltkrieg war Freiherr von Troschke Kommandant der Festung Kragujevac in Serbien. Im März 1916 wurde er Kommandeur der 31. Infanteriebrigade.

Sven Hedin besichtigt Landgewinnungsarbeiten.

Husum, 8. Dezember. Sven Hedin besichtigte am Montag unter Führung des Gauarbeitsführers Triebel die Uferschutz- und Landgewinnungsarbeiten an der Küste von Nordfriesland.

Pierre Daye über die Rex-Bewegung.

Berlin, 8. Dezember. Die belgische politische Grundhaltung ist in den letzten Wochen und Monaten Gegenstand einer deutlichen Umgestaltung gewesen; neue Gesichtspunkte sind aufgetaucht, und im innerpolitischen Leben des Landes brechen sich neue Kräfte Bahn. Einer dieser Faktoren ist die Rex-Bewegung, die im Frühjahr dieses Jahres mit 21 von 200 Abgeordneten ihren Einzug in die Kammer halten konnte.

Ueber die leitenden Gedankengänge dieser Bewegung sprach Dienstag abend im Deutschen Auslandsklub der Fraktionsführer dieser Bewegung, Abgeordnete Pierre Daye, der gleichzeitig als außenpolitischer Berater des Gründers und Führers der Rex-Partei, Léon Degrelle, gilt.

Als Hauptziel der Rex-Bewegung bezeichnete der Abgeordnete in seinem Vortrag die Forderung nach Sauberkeit im politischen Leben und nach strenger Unterscheidung zwischen Religion und Politik gerade im Interesse der Religion selbst. Der Glaube an Christus-Rex hat im Namen dieser Partei seinen Ausdruck gefunden, die eine Reaktion des gesamten parlamentarischen Lebens anstrebt. Das Parlament soll wieder auf seine eigentliche Funktion zurückgeführt und von dem Einfluß allzu interessierter Finanzkreise befreit werden. Insbesondere müßte nach Ansicht der Rexisten an Stelle des Senats eine zweckmäßigere Körperschaft treten und bei der Durchberatung und Verabschiedung der Gesetzesvorlagen müßte ein besonderes Gremium von Sachverständigen dem Parlament zur Verfügung stehen, das über die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit der neuen Maßnahmen sich zu äußern hätte.

In außenpolitischer Hinsicht sieht die Rex-Partei ihre Aufgabe darin, für einen deutsch-französischen Ausgleich einzutreten. Sie begrüßt die Erklärung des belgischen Königs über die Unabhängigkeit der belgischen Politik und lehnt im übrigen die augenblickliche französische Politik, insbesondere das französisch-sowjetrussische Bündnis als gefahrvoll für Frankreich und für Europa ab.

Zu Deutschland, sagte Daye, hat Belgien seit geraumer Zeit ein neues Verhältnis gewonnen. Man sieht in Deutschland ein Land der Ordnung, das sein Geschick in die Hand genommen und seine Angelegenheiten mit Zielsicherheit geregelt hat.

Auch für Belgien ist eine zielbewußte Ausrichtung seiner Außen- und Innenpolitik eine gebieterische Notwendigkeit, zumal eine Vielzahl von Fragen dringend der Lösung harren: das Verhältnis zwischen Wallonen und Flamen, zwischen Staat und Kirche, verschiedene zumeist von der Partei angestrebte parlamentarische und soziale Reformen. Bei der Lösung all dieser Aufgaben hofft die Partei, die eine so vielversprechende Aufwärtsentwicklung genommen hat, auch weiterhin tatkräftig mitwirken zu können.

Senatspräsident Greiser wieder in Danzig.

Danzig, 8. September. Der Präsident des Senats, Greiser, ist aus Bad Wildungen zurückgekehrt, nachdem seine Gesundheit wiederhergestellt ist. Er hat die Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Entwurf des neuen Schweizer Staatsschutzgesetzes.

Basel, 8. Dezember. Der schweizerische Bundesrat hat, wie bereits gemeldet, der am Montag zusammengetretenen Bundesversammlung den Entwurf eines neuen Staatsschutzgesetzes zugestellt. Dasselbe soll in Form eines dringlichen Bundesbeschlusses sofort in Kraft gesetzt werden und bis zum 31. Dezember 1941 laufen. Es unterliegt damit nicht, wie die beiden Ordnungsgesetze von 1922 und 1933 der Volksabstimmung und kann nicht, wie diese von Regierung und Parlament feingezogt angenommenen Gesetze, vom Volk verworfen werden.

Die Botschaft verhehlt nicht, daß sie sich in erster Linie gegen die unter ausländischem Einfluß stehenden kommunistischen Umtriebe richtet. Der Bundesrat überschätzt die Gefahr, die der Sicherheit des Landes durch die kommunistische Partei und die kommunistischen Nebenorganisationen, die Internationale Rote Hilfe, Rote Gewerkschaftsinternationale, Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Internationale Arbeiterhilfe, Proletarische Freidenker, Freunde der Sowjetunion usw. drohen, in keiner Weise.

Die heutige Zuspitzung der internationalen Lage und die auf dem 7. Weltkongreß der kommunistischen Internationale in Moskau vom Juli und August 1935 zurückzuführende Verstärkung der kommunistischen Propaganda und Agitation erfordern nun aber schärfere staatliche Gegenmaßnahmen.

Die kommunistische Gefahr, heißt es weiter, droht von außen. Sie besteht darin, daß die kommunistische Partei der Schweiz eine Sektion der kommunistischen Internationale ist, die ihrerseits von einer Großmacht unterstützt wird. Die kommunistische Partei der Schweiz als Sektion der kommunistischen Internationale ist verpflichtet, alle Beschlüsse der Moskauer Zentralinstellen durchzuführen. Trotz gegenteiliger Behauptungen der kommunistischen Internationale erstrebt sie in Wirklichkeit die Errichtung einer marxistischen Diktatur.

Ueber die kommunistische Wühlarbeit in der Schweiz hat die Bundesanwaltschaft folgende Feststellungen gemacht: Sie mußte sich mit kommunistischen wirtschaftlichen Unternehmungen wie der Firma „Imprimob", Aktiengesellschaft in Basel, befassen, die mit dem Agenten der kommunistischen Internationale Eberlein in Geschäftsverbindung stand und andere verdächtige Ausländer ins Land zog. Weiter erinnert sie an die Genossenschaftsdruckerei-Basel, die u. a. die Zeitschrift „Kommunistische Internationale", „Rundschau" und anderes Propagandamaterial herausgibt. In zunehmendem Maße seien Agenten der kommunistischen Internationale in der Schweiz tätig gewesen.

Der Bundesrat mußte in Anwendung des Artikels 70 der Bundesverfassung wegen der Gefährdung der inneren oder äußeren Sicherheit im Jahre 1933 4, 1934 9, 1935 16 und in diesem Jahre bereits 25 Kommunisten ausweisen. Es heißt dann weiter, „es kann nicht bestritten werden, daß durch die Machenschaften einer unter internationaler Leitung stehenden und in vielen Ländern wohlorganisierten und mit allen Mitteln der Illegalität arbeitenden Umsturzpartei die verfassungsmäßige Ordnung und insbesondere die Staatseinrichtungen gefährdet werden. Die Gefahr kann sich bei einer Steigerung der nationalen Spannungen oder bei einer Verlegung des westeuropäischen Zentrums der internationalen kommunistischen Tätigkeit nach der Schweiz noch verschärfen."

Von einem absoluten Verbot der kommunistischen Partei will der Bundesrat einstweilen noch absehen. Um Gewaltstreichen und Angriffsverbände sowie das Tragen von Parteiuniformen verboten. In einer besonderen Bestimmung behält sich der Bundesrat vor, bei dringender Gefahr für die innere oder äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft

1. die kommunistische Partei, ihre Nebenorganisationen oder Unternehmungen, die anarchistischen, sowie die gegen den schweizerischen Staat gerichteten Vereinigungen aufzulösen, ihre Vermögen einzuziehen und ihre Pressorgane zu verbieten,

2. Schweizer Bürgern, die sich im Interesse einer dieser vorgenannten Bewegungen ins Ausland begeben wollen, die Ausreise zu verweigern.

Kommunistische Umtriebe mit Einschluß der Propaganda und Agitation, mögen sie sich gegen den Staat, die gesellschaftliche Ordnung oder den religiösen Frieden richten, werden, wenn nicht schwerere Strafen zutreffen, mit Gefängnis bestraft, ebenso die kommunistische Propaganda unter Minderjährigen. Ausländer, die sich an kommunistischen Umtrieben beteiligen, werden nach Verbüßung der Gefängnisstrafe ausgewiesen. Diese Handlungen werden auch verfolgt, wenn sie im Auslande begangen werden und sich gegen die Schweiz richten. Ausländische Kommunisten dürfen sich nicht ohne Bewilligung der zuständigen Behörden in der Schweiz aufhalten.

Die Schweiz und der Haager Gerichtshof.

Bern, 8. Dezember. Der Nationalrat stimmte der vom Bundesrat beschlossenen Erklärung über die Anerkennung der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag durch die Schweiz ohne Diskussion zu.

Jüdische Emigrantin wegen Abtreibung verurteilt.

Kopenhagen, 8. Dezember. Nachdem die dänischen Schwurgerichte in den letzten Jahren bei Anklagen wegen Schwangerschaftsunterbrechungen häufig auf Freispruch erkannten, fiel in einem derartigen Prozeß ein Urteil auf „schuldig".

Angeklagt waren eine deutsche Emigrantin, die jüdische Aerztin Käthe Reinhardt aus Berlin, ferner drei Kopenhagener Aerzte, darunter der aus einem ähnlichen Prozeß schon bekannte kommunistische „Sozialreformer" Leinbach, und endlich eine Krankenschwester Frau Klara Persmuttler. Die Reinhardt hat in etwa 650 Fällen Schwangerschaftsunterbrechungen an Patientinnen, die ihr von den dänischen Aerzten zugeführt wurden, vorgenommen und sich aus den Operationen im Laufe von etwa 10 Monaten eine Einnahme von mehr als 35 000 Kronen verschafft.

Das Gericht erkannte gegen Frau Reinhardt wegen Abtreibung auf acht Monate Gefängnis, von denen drei Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden, ferner auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf acht Jahre, außerdem auf eine Geldstrafe wegen Uebertretung des Fremdengesetzes und des Devisengesetzes. Die Strafen für die übrigen Angeklagten lauteten wegen Beihilfe auf drei Monate Gefängnis für Leinbach, sechs Monate Gefängnis für Budde-Lund, 40 Tage Gefängnis für Pihlipsen und 60 Tage für die Persmuttler. Während dem Angeklagten Pihlipsen wegen Uebertretung des Aerztegesetzes das Recht zum Praktizieren für die Dauer von zwei Jahren aberkannt wurde, wurde gegen die anderen Angeklagten auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre erkannt.

Der Prozeß hat in Dänemark größtes Aufsehen erregt. Er wirft ein bezeichnendes Licht auf die schmutzigen jüdisch-marxistischen Praktiken, die unter dem Deckmantel von Idealismus und Humanität die heiligsten Güter des Volkes schänden und mißbrauchen. Dieser Prozeß war aber auch geeignet, der dänischen Oeffentlichkeit über die Tätigkeit der jüdischen Emigration die Augen zu öffnen.

Wie die Geständnisse der Angeklagten ergaben, wurden die verbotenen Eingriffe in nicht weniger als 650 Fällen vorgenommen, wobei man teilweise unter Außerachtlassung der primitivsten sanitären Grundregeln die Operationen in aller Eile auf dem Küchentisch vornahm.

Widerlicher jüdischer Geschäftsgeist offenbarte sich in der Art, wie die Angeklagten ihre Opfer ausbeuteten. Für den Eingriff wurden meist 200 bis 250 Kronen und mehr verlangt. Wenn das Geld nicht gleich bei der Hand war, wurden Schuldscheine erpreßt, die man dann später rücksichtslos eintrieb.

Es paßt in das Bild, das der Prozeß entrollte, wenn ein Anwaltgeber sich mit dem Hinweis entschuldigen zu können glaubte, er habe seinen Anteil am „Honorar" hauptsächlich zur Unterstützung jüdischer Emigranten benützt.

Lord Cranborne bei der Sitzung des Völkerbundsrates.

London, 8. Dezember. Wie amtlich mitgeteilt wird, wird die englische Regierung an der auf Antrag der französischen Marxisten einberufenen Sitzung des Völkerbundsrats nicht durch Außenminister Eden, sondern durch Unterstaatssekretär Lord Cranborne vertreten.

Die Ratstagung beginnt bekanntlich am Donnerstag. Lord Cranborne wird außerdem an der Sitzung des Ausschusses für Völkerbundsreform teilnehmen, die am 14. Dezember beginnt.

Arbeitgeberverband klagt wegen Fabrikbesetzung.

Paris, 8. Dezember. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie des Departements Loire hat beim Staatsanwalt Klage wegen Besetzung der französischen Waffen- und Fahrradmanufaktur in St. Etienne durch die Belegschaft eingereicht. Am Montag um 10 Uhr wurde mit dem Streik und der Besetzung der Arbeitsräume begonnen. Die Direktoren und das leitende Personal wurden in den Arbeitsräumen eingeschlossen.

Unter Berufung auf die Gesetze wird der Staatsanwalt aufgefordert, dieser unerhörten Freiheitsberaubung ein Ende zu setzen und die verantwortlichen Aufrührer zu bestrafen.

Die Direktoren, die von der Arbeiterschaft eingeschlossen worden waren, konnten erst nach fast 12 Stunden ihre unfreiwillige Haft verlassen.

Tausende von Opfern auf Luzon.

Manila, 8. Dezember. Offiziere der Armee berichten aus dem Ueberschwemmungsgebiet auf der Insel Luzon, daß der Cagayan-Fluß Tausende von Toten ins Meer getragen habe. Es werde daher niemals möglich sein, den ganzen Umfang der furchtbaren Katastrophe festzustellen. Durch die Wassermassen wurden Hunderte von Quadratmeilen wertvollster Tabak- und Reispflanzungen vernichtet.

Mandschukuo greift in der Inneren Mongolei ein.

Tokio, 8. Dezember. Der mandschurische Ministerpräsident erklärte im Namen der einzigen in Mandschukuo bestehenden politischen Gruppe, der Kyowakai (Volkseinheitspartei), daß Mandschukuo die im Kampf gegen die Kommunisten befindlichen Bewohner der Inneren Mongolei unterstützen werde. Zunächst solle eine Geldsammlung veranstaltet werden, um den schwer kämpfenden Innermongolen zu helfen, die in vorderster Front gegen den Kommunismus stünden.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.